

Apolte, Thomas

Article — Digitized Version

Die Transformation des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der DDR

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Apolte, Thomas (1990) : Die Transformation des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der DDR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 4, pp. 188-193

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136625>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Thomas Apolte

Die Transformation des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der DDR

Die für Mitte dieses Jahres angekündigte deutsch-deutsche Wirtschafts- und Währungsunion gilt vielen Ökonomen als äußerst problematischer Weg zur politischen und ökonomischen Einheit. Welche Gefahren sind mit ihm aus ökonomischer Sicht verbunden? Wie unterscheiden sich politische und ökonomische Sichtweise des Einigungsprozesses in ihrer Bewertung der Kosten und Risiken der DDR-Systemtransformation?

Die enge Anbindung der DDR an die Bundesrepublik schafft eine Situation, die deren Wirtschaftsreform in einem anderen Licht erscheinen läßt als die der anderen sozialistischen Länder. Die ökonomische Bedeutung dieser Anbindung ist ambivalent. Einerseits werden große Hoffnungen an die Bundesrepublik geknüpft, andererseits aber kann die kurzfristige Erwartung einer Wiedervereinigung ausgesprochen lähmend auf den Reformprozeß wirken.

Die Probleme der Wirtschaftsreform sind weniger die eines rationalen Zielsystems als die eines Übergangs, der möglichst geringe soziale Kosten verursacht. Die Situation ist ähnlich derjenigen, wie sie in vertragstheoretischen Entscheidungsmodellen untersucht wird¹. Es gibt praktisch keine effizienten Property-rights-Strukturen mehr, und damit verbunden existiert kein System, das geeignet ist, die Kosten individueller oder betrieblicher Aktivitäten nach einem allgemein akzeptierten und möglichst automatisch wirkenden Schlüssel den individuellen Akteuren zuzuweisen.

Auf eine freiwillige Übernahme bisher sozialisierter Kosten kann man kaum hoffen, da für jeden einzelnen die ökonomischen Folgen hart wären, der Beitrag für die Gesellschaft aber gering und unsicher²:

Bürokraten müßten ihre Position freiwillig zur Verfügung stellen, wenn sie zu der Ansicht gelangen, daß ein

zukünftiges Marktsystem ihrer Arbeit nicht mehr bedarf³;

Betriebsleiter müßten auf Subventionen verzichten und die tatsächlichen Produktivitäten ihrer Betriebe zum Wohle der Allgemeinheit offenlegen, wenn es um die Zuteilung von Subventionen und Krediten geht, die ja in der Übergangsphase noch nicht völlig wegfallen; hier sind insbesondere die Schwerindustrie oder der Energiesektor gefährdet;

Arbeitnehmervertreter müßten schließlich darauf verzichten, großzügige Lohnzuschläge zu fordern; die Arbeitnehmer selber würden, das zeigen Erfahrungen in Polen, vielleicht einige Zeit lang stillhalten, solange sie der Regierung vertrauen; gerade die Funktionäre der alten Gewerkschaften sind es aber immer, die gegen eine solche Politik opponieren; denn dies ist nach dem Wegfall des politischen Schutzes der einzige Wettbewerbsfaktor, der ihnen zur Erhaltung ihres Einflusses bleibt, wenn Oppositionsgruppen längst das Vertrauen genießen, das den offiziellen Gewerkschaften fehlt.

Beschleunigter Desintegrationsprozeß

Eine Regierung, die auf das Vertrauen der Bevölkerung angewiesen ist, kann zwischen diesen Fronten

Thomas Apolte, 29, Dipl.-Ökonom, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität-Gesamthochschule Duisburg.

¹ J. M. Buchanan: *The Limits of Liberty. Between Anarchy and Leviathan*, Chicago 1974.

² G. Kirsch: Ordnungspolitik als Gegenstand politischer Auseinandersetzung, in: O. Issing (Hrsg.): *Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 116, Berlin 1981, S. 255-275.

³ J. Kornai: *Bureaucratic and Market Control*, in: *Osteuropa Wirtschaft*, 29. Jg. (1986), S. 309-319.

leicht zerrieben werden. In einem pessimistischen Szenario kann eine Situation entstehen, in der jeder einzelne die radikale Reform befürworten würde, aber nur unter der Bedingung auf seine Privilegien verzichtet, daß er sich einem Gelingen der Reform in absehbarer Zeit sicher sein kann; weil aber die Regierung keine Garantie abgeben kann, nicht zwischen den Fronten der Interessengruppen zerrieben und schließlich abgewählt zu werden, wird ein Kompromißkonzept, etwa mit verschiedenen Preissystemen, gemischter staatlicher und marktlicher Allokation und hohen Subventionen, schließlich das Ergebnis sein.

Schließt man sich der Bundesrepublik an, so kann man erwarten, daß diese sich den Interessengruppen innerhalb der DDR eher erfolgreich widersetzt. Denn für sie ist es innenpolitisch und wahltaktisch geradezu notwendig, ihre Hilfe an bestimmte Konditionen zu binden, weil sie diese Hilfe vor ihren Wählern rechtfertigen muß. In dieser Situation hat jeder einzelne die Möglichkeit, sich für eine insgesamt bessere institutionelle Konstellation zu entscheiden; seine bisherigen Verteilungsvorteile kann er im Vertrauen darauf aufgeben, daß auch bei allen anderen eine Aufgabe des Verteilungsvorteils durch die Bundesrepublik erzwungen wird.

Auf der anderen Seite beschleunigt das Wissen um eine ökonomisch starke Instanz den ökonomischen Desintegrationsprozeß erheblich. Wenn die Reform in allen Ländern ein kollektives Gut ist, weil jeder auf seine Privilegien verzichten muß und nicht weiß, ob alle anderen ebenso handeln, so bedarf es auch dort einer zentralen Instanz, die allein durch die jeweiligen Regierungen gestellt werden kann. Doch mehr noch als in marktwirtschaftlichen Ländern übernehmen diese Regierungen neben der Definition und Überwachung von Regeln auch prozeßpolitische Aufgaben im mikro- und makroökonomischen Bereich. Fungieren sie tatsächlich als letzte Instanz der Wirtschaft, so werden alle Entscheidungen früher oder später auf sie zurückfallen, wenn die ökonomischen Wirkungen offensichtlich werden. Sie unterliegen dem wirtschaftlichen Prinzip; man könnte es mit der gesellschaftlichen Transformationskurve darstellen, die die Budgetrestriktion von Einzelwirtschaften ersetzt.

Wenn die Regierung aber, wie in der DDR, nicht mehr die letzte wirtschaftliche Instanz bildet, sondern auf eine weitere Instanz zurückgreifen kann, die im Notfall einspringt, so weicht die Transformationskurve ebenso auf wie die Budgetrestriktion von Betrieben mit „soft budget constraints“⁴. Denn die Gewißheit, daß die Bundesrepublik in letzter Konsequenz einspringen wird, läßt die Bereitschaft steigen, auf unpopuläre Konsolidierungsmaß-

nahmen zu verzichten und Wahlgeschenke zu machen. Eine Drosselung der Geldproduktion, Preisreformen, Betriebsschließungen und Entlassungen zum Abbau der Überbeschäftigung sind Maßnahmen, die bei einer abzusehenden Wiedervereinigung kaum erwartet werden können. Der Reformdruck erlahmt, und ohne Hilfe der Bundesrepublik, ja ohne eine baldige Wiedervereinigung erscheint es schließlich völlig unmöglich, die DDR „zu retten“, während ähnliches von Polen und Ungarn nie zu hören war, obwohl doch deren Lage erheblich ernster ist, wenn man einmal das Übersiedlerproblem unberücksichtigt läßt.

Wirtschaftsreform und Währungsunion

Gerade die Idee einer vorgeschalteten Währungsunion verdeutlicht beide Probleme sehr klar. Letztlich könnte der Gedanke an die geldpolitisch disziplinierende Wirkung einer Währungsunion der Hintergrund für eine Zustimmung der DDR hierzu gewesen sein. Die Bundesbank würde so die Funktion derjenigen exogenen Instanz übernehmen, die zur Überwindung des Kollektivgutproblems im Bereich des Geld- und Kreditwesens zuständig ist. Die bisherige Zentralnotenbank der DDR war weitgehend endogener Bestandteil der Wirtschaft. Das Geldmengenwachstum richtete sich im Zweifel immer nach den Liquiditätsbedürfnissen der Unternehmen⁵, weil ein Konkurs bisher ausgeschlossen war. Denn das Vertrauen, daß ein Konkurs von der Politik nicht zugelassen würde, weicht die betriebliche Grenzkostenregel derart auf, daß zusätzlicher Input auch dann noch eingesetzt wird, wenn dieser nicht mehr imstande ist, seine Kosten zu decken. Im Extremfall wird dieser Input bis zur Grenzproduktivität von Null akquiriert. Mit der Erosion des bürokratischen Planungsapparates verschlimmert sich diese Situation in der Regel noch, weil die administrativen Kontrollmöglichkeiten schwinden. Dies hat in Polen und Ungarn zu teilweise immensen Inflationsraten geführt. Einer von der Bundesrepublik gesteuerten Geldpolitik, die sich zudem an den europäischen Verpflichtungen auszurichten hat, könnte es, so die Hoffnung, besser gelingen, dem Drängen der DDR-Betriebe nach Liquidität auch dann standzuhalten, wenn einem Teil der Betriebe die Zahlungsfähigkeit droht. Aber dies setzt voraus, daß die Entscheidungsorgane der Bundesrepublik die Möglichkeit auch wirklich besitzen, ökonomisches Verhalten von außen zu erzwingen.

Angenommen, die Währungsunion wäre erfolgreich verbunden worden mit einer Preisreform, entspre-

⁴ J. Kornai: The Soft Budget Constraint, in: *Kyklos*, 39. Jg., S. 3-30.

⁵ K.-H. Hartwig, H.-J. Thiem: Determinanten des Geld- und Kreditangebots in sozialistischen Planwirtschaften, in: H.-J. Thiem (Hrsg.): *Geldtheorie. Entwicklung, Stand und systemvergleichende Anwendung*, Baden-Baden 1985.

chende Handelsgesetze garantierten Gewerbefreiheit und die Grundlagen für einen Kapitalmarkt seien gelegt. In diesem Fall wird, trotz kurzfristig nicht zu behebender Produktivitätsschwächen und struktureller Nachteile, die gesamte DDR-Wirtschaft der vollen Konkurrenz bundesdeutscher und anderer westlicher Unternehmen ausgesetzt. Da es keine verlässlichen Grundlagen zur Schätzung der wirklichen Produktivität gibt, die Löhne sich aber sicherlich tendenziell nach oben entwickeln werden, kann gar nicht abgesehen werden, welche Folgen diese plötzliche Konkurrenz haben wird. Wenn, was zu befürchten ist, ein erheblicher Teil der Betriebe in Liquiditätsprobleme gerät, steht zunächst keine Notenbank zu Verfügung. Subventionen müssen über die Regierung gewährt werden, und diese hat nur die Möglichkeit, sich bis zur Zahlungsunfähigkeit zu verschulden.

Wenn aber der Notenbank nicht zugetraut wird, einem solchen Druck zu widerstehen, wie sollte es gerade die Regierung? Wahrscheinlich ist daher, daß die DDR-Regierung, ohnehin Adressat für alle Auslandsverbindlichkeiten, den Rahmen für bundesdeutsche Kredite so weit ausschöpft wie nur irgend möglich. Zwei Folgen sind hierbei denkbar:

□ Im einen Fall gewährt die Bundesregierung die Kreditwünsche der DDR, oder die Bundesbank alimentiert diese monetär; die Folge wäre, daß eine ungebremsete Staatsverschuldung oder monetäre Expansion die Bundesrepublik und wahrscheinlich auch Europa mit in den Reformstrudel der DDR reißt.

□ Im anderen Falle kontrolliert die Bundesregierung die DDR-Regierung, setzt Auflagen und untergräbt mehr und mehr die Souveränität des Landes, so daß sich die Entwicklung zur Wiedervereinigung verselbständigt.

Bewertungsprobleme

Ein zweiter Aspekt betrifft die Schwierigkeit, das Vermögen der DDR in westlicher Währung zu schätzen. Zum einen müssen die Sparguthaben und Konten der Bevölkerung, der Betriebe und des Staates mit einem Wechselkurs bewertet und dafür entsprechende Summen in D-Mark gewährt werden. Zum anderen muß allen bilanzierten Vermögenswerten in irgendeiner Form ein Wert in D-Mark beigelegt werden. Hierzu fehlt praktisch jede ökonomische Grundlage:

□ Es ist kein zentral zu bestimmender Wechselkurs bekannt, der die realen Knappheitsverhältnisse beider Währungen widerspiegeln würde;

□ es gibt aber, und das wiegt schwerer, nicht einmal eine innere Preisstruktur, die in irgendeiner Weise in der Lage wäre, auch die Wertschätzungen und Präferenzen der DDR-Bewohner bezüglich ihrer eigenen Vermögenswerte zum Ausdruck zu bringen.

Praktisch sämtliche Vermögenswerte der DDR sind seit über 40 Jahren nicht mehr am Markt bewertet worden. Die Zuweisung sowohl eines allgemeinen wie eines auf individuelle Vermögensgüter differenzierten

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Benu Varman

CAPITAL FLIGHT

A Critique of Concepts and Measures

Der Begriff „Kapitalflucht“ ist nicht eindeutig definiert und wird in unterschiedlichster Weise verwendet. Dementsprechend ungenau sind auch die jeweiligen Schätzungen über die Höhe des Fluchtkapitals, die die Kreditentscheidungen internationaler Banken und die Wirtschaftspolitik der Länder beeinflussen. Die Arbeit von Benu Varman ist als Dissertation an der Universität Kiel entstanden. Sie befaßt sich theoretisch und empirisch mit dem Phänomen der Kapitalflucht aus Entwicklungsländern und gelangt zu völlig neuen Definitionen und Erkenntnissen. Wegen ihrer herausragenden Qualität wurde sie mit dem „Erich-Schneider-Preis 1989“ ausgezeichnet.

Großoktav,
176 Seiten, 1989,
brosch. DM 48,-
ISBN 3-87895-380-1

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

Wertes zur Umstellung auf D-Mark muß daher völlig willkürlich verlaufen.

Welche Folgen könnten diese Probleme nach sich ziehen? Gerade an der Diskussion um den zu wählenden Umtauschkurs lassen sich die politischen Restriktionen einer ökonomisch adäquaten Steuerung schon ablesen. Einerseits dominieren in der Diskussion deutlich die statischen Effekte einer Währungsumstellung. Wie dem längerfristigen Druck auf die währungs- und finanzpolitischen Behörden auf Dauer standgehalten werden soll, wird kaum thematisiert. Zum anderen entwickelt sich die Frage der Umwertung von Spar- und Barguthaben der DDR-Bevölkerung in D-Mark immer weiter in Richtung auf einen Kurs von 1:1. Dabei wird einerseits gerne darauf hingewiesen, daß dies ohne Steuererhöhung finanzierbar sei, und andererseits betont, daß eine solche Entwicklung nicht kostenlos zu haben sei. Wenn auch ein Teil der Sparguthaben für eine gewisse (nach welchen ökonomischen Kriterien gewählt?) Zeit gesperrt bleiben soll, so können diese Kosten der Umstellung in der Bundesrepublik nur über eine monetäre Expansion verteilt werden.

Bremst die Bundesbank diese Expansion im Anschluß wieder ab, so werden die üblichen konjunkturellen Folgen unausweichlich sein. Beläßt sie dagegen den hohen Geldumlauf auf seinem Niveau, wird es zu entsprechenden Preis-, Zins- und Wechselkurssprüngen kommen, die auch andere Länder, insbesondere die des Europäischen Währungssystems nicht unberührt lassen werden⁶. Die Erwartungseffekte waren jedenfalls schon mit dem Aufkommen der Diskussion um die Währungsunion recht ausgeprägt.

Nimmt man aber die zu erwartenden dynamischen Effekte hinzu, wenn DDR-Betriebe im Zeitablauf in Liquiditätsprobleme geraten, so wird mit erheblichen Turbulenzen an den westeuropäischen Geld- und Kreditmärkten zu rechnen sein. Die zu erwartende Verschuldung der DDR gegenüber der Bundesrepublik schafft zusätzlichen Handlungsbedarf, und der Prozeß einer Wiedervereinigung beschleunigt sich selbst⁷.

Dies mag von Patrioten begrüßt werden, aber die Treibsätze, die dieses Konzept in die Entwicklung Deutschlands und Europas einbaut, lassen letztlich den Grad der Krise zum Bestimmungsfaktor des Tempos der Wiedervereinigung werden. Dies wiegt deshalb schwer, weil sich die Politiker um Freiheitsgrade zur Berücksich-

tigung weiterer Kriterien, wie etwa die Interessen anderer Länder oder der europäische Einigungsprozeß, berauben. Wenn auch die Schaffung einer Währungsunion längst beschlossene Sache ist und von politischer Seite bereits festgestellt wird, daß die Währungsunion eine Tatsache sei, die die Wissenschaftler in ihren „Datenkranz“ aufzunehmen und nicht länger zu analysieren hätten⁸, so muß dennoch auf die Gefahren hingewiesen werden.

Chancen und Risiken

Nun wird von seiten der Politik auf den enormen Handlungsdruck hingewiesen, den die Entwicklung nach der Grenzöffnung geschaffen hat. Das gravierendste Problem, das die DDR in der Tat von den sozialistischen Nachbarländern unterscheidet, liegt in der ungebremsten Übersiedlung von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik. Dieses Problem ergibt sich bekanntlich durch das immense Produktivitätsgefälle verbunden mit der völligen Freizügigkeit zwischen den beiden deutschen Staaten. Ebenso bekannt ist, daß sich das ursächliche Produktivitätsgefälle zwar auf die eine oder andere Weise verdecken läßt, daß solche Täuschungsmanöver aber in der Regel nur Strohuereffekte auslösen, weil über kurz oder lang der realwirtschaftliche Hintergrund zutage tritt.

Diesem Problem zu entkommen, ist ein schwieriges Unterfangen. Prinzipiell können zwei Philosophien unterschieden werden, wobei eine im folgenden die „politische“ genannt wird, weil sie vornehmlich von Politikern präferiert wird, während die andere die „ökonomische“ genannt sei, weil sie der Sichtweise der Ökonomen näher liegt:

□ Die politische Lösung sieht in einem sehr schnellen Wiedervereinigungsprozeß die eigentliche Lösung; hiermit verbunden wird die frühzeitige Etablierung eines einheitlichen Währungsraumes; je enger die Bindung zur Bundesrepublik, desto eher hat diese die Möglichkeit, den Reformprozeß der DDR zu beschleunigen und in die richtige Richtung zu lenken; je mehr Verantwortung die Bundesrepublik für die DDR übernimmt, desto besser; als Übersiedlungsgrund wird im wesentlichen die fehlende D-Mark angegeben („wenn die DM nicht zu den Bürgern kommt, kommen die Bürger zur DM“);

□ bei der ökonomischen Lösung steht die Wiedervereinigung nicht im Mittelpunkt, sondern die Wirtschaftsreform selbst; Wiedervereinigung oder Währungsunion haben sich nach den ökonomischen Notwendigkeiten auszurichten, wobei sie dann aber einen ebenso wichtigen Platz einnehmen mögen wie bei der politischen Lö-

⁶ H.-D. Smeets: Währungspolitische Probleme der DDR, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 69. Jg. (1989), H. 12, S. 605-609.

⁷ Vgl. dazu auch H. Siebert: Ein einheitlicher Währungsraum setzt radikale Reformen Ost-Berlins voraus, in: Handelsblatt Nr. 48 vom 9./10. 3. 1990.

⁸ Vgl. den Brief von O. Schlecht an die wirtschaftswissenschaftlichen Institute, abgedruckt in: Handelsblatt vom 22./23. 2. 1990, S. 1.

sung; daher wird die Einleitung eines umfangreichen Reformkonzeptes noch innerhalb der DDR zur Voraussetzung einer Wiedervereinigung und die Konvertierbarkeit der DDR-Mark zur Voraussetzung einer Währungsunion; als Übersiedlungsgrund werden hier einerseits die fehlende Konvertibilität der Währung gesehen, wobei es irrelevant ist, um welche Währung es sich handelt, und zum anderen werden die schlechten Aussichten auf zufriedenstellende Einkommen angegeben.

Keineswegs darf gelehrt werden, daß eine währungspolitische Neuorientierung in der DDR unverzichtbarer Bestandteil der Systemtransformation ist. Ebenso ist aber die realwirtschaftliche Reform unverzichtbar, so daß nur simultane umfassende Reformen überhaupt Aussicht auf Erfolg haben. Eines ohne das andere wird zum Scheitern verurteilt sein. In beiden Fällen sind aber Grundüberlegungen darüber erforderlich, welche Möglichkeiten sich bieten und welche die größte Erfolgsaussicht hat.

Tatsächlich ist die DDR-Mark keineswegs derart zerrüttet, daß eine Währungsreform unausweichlich wäre⁹. Eine Preisfreigabe würde zu einem einmaligen Preissprung führen, was aber noch nicht als Inflation zu verstehen ist¹⁰. Erst der Aufbau eines neuerlichen Inflationspotentials führt zu den gefürchteten inflationären Prozessen; doch wäre dies durch eine restriktive Geldpolitik, sofern sie politisch durchgehalten werden kann, ohne weiteres zu verhindern. Hier bleibt tatsächlich das Durchsetzungsproblem relevant, vor allem wenn sich die wirtschaftliche Lage zuspitzt.

Zwei Vorschläge

Für eine Reform des DDR-Wirtschaftssystems unter Beibehaltung der eigenen Währung werden zwei Vorschläge diskutiert. Der eine präferiert eine Anbindung der DDR-Mark an die D-Mark derart, daß die Notenbank der DDR in ihrer Währungspolitik auf einen Wechselkurs verpflichtet wird, den sie durch Interventionen zu sichern hat. Im anderen Falle wird ein flexibler Wechselkurs angestrebt, weil nur hierüber die tatsächlichen Austauschverhältnisse aufgedeckt werden können.

Die letztere Lösung wird kritisiert, weil bei der derzeitigen Lage keinerlei Anhaltspunkte für eine rationale Geldpolitik zu finden seien. Zudem seien die realwirt-

schaftlichen Risiken erheblich, weil niemand weiß, wie groß die Wechselkursschwankungen in der Zukunft ausfallen werden. Dies könne sich negativ auf das Investitionsverhalten westlicher Anleger auswirken. Als Vorteil wird angegeben, daß vorweg kein zentral fixierter Wechselkurs angestrebt werden müsse, über dessen ökonomische Grundlage nichts bekannt sei. Weiterhin würde sich die bessere Währung in einem System flexibler Wechselkurse schließlich durchsetzen.

Ein fester Wechselkurs bietet in der Tat den gravierenden Vorteil, daß die Notenbank auf einen überprüfbar und sofort wirksamen Punktwert verpflichtet wird. Umgekehrt kann sie sich auf diese Verpflichtung berufen, wenn der politische Druck sie in Richtung Expansion zu drängen droht. Wenn der Kurs allerdings zu hoch angesetzt wird, werden die ohnehin knappen Währungsreserven der DDR schnell verbraucht sein.

Welche der beiden Lösungen auch angestrebt wird, beide vermeiden die dynamischen Risiken einer Währungsunion. Beide weisen aber die Kosten der währungspolitischen Umorientierung allein der DDR zu. Dies bedeutet allerdings nicht, daß Hilfen für die DDR nunmehr unterbleiben sollen. Es bedeutet vielmehr, daß die währungspolitischen Operationen keine bundesdeutschen Mittel automatisch binden. Vielmehr werden diese frei und können zur gezielten Förderung der Infrastruktur, des Umweltschutzes oder auch zur Schaffung von Bleibeanreizen für DDR-Bürger verwendet werden. Im Falle der Währungsunion wären diese Mittel mit keinerlei ökonomischen Anreizen gekoppelt, sie können allenfalls durch die geplante temporäre Kontensperrung in ihren währungspolitischen Risiken etwas entschärft werden.

Kernprobleme

Wie auch immer eine Lösung des Währungsproblems aussehen wird, die realwirtschaftlichen Probleme sind damit im Kern noch nicht berührt. Diese wurden oben auf eine verfehlte Property-rights-Struktur zurückgeführt. Die fehlenden Anreize zu wirtschaftlichem Handeln, die sich aktuell aus der bestehenden Property-rights-Struktur ergeben, lassen sich dabei prinzipiell durch eine mehr oder minder radikale Reform wiederherstellen, deren Kern im Preisbildungsmechanismus und in der Eigentumsstruktur zu suchen ist:

□ Ohne eine Preisreform muß letztlich jede wirtschaftliche Koordination verlorengehen, wenn die bürokratischen Zuteilungsmechanismen nicht mehr funktionieren. Märkte, auf denen zentrale Organe die Vertragsbedingungen festlegen, und dezentrale Einheiten, die zudem nicht die juristischen Eigentümer sind, die Verträge letztlich abschließen, führen bekanntermaßen zu völlig irra-

⁹ Vgl. K.-H. Hartwig: Zum Abbau des Geldüberhangs ist eine Währungsreform gar nicht erforderlich, in: Handelsblatt vom 4. 1. 1990; Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten, Drucksache 11/6301 des Deutschen Bundestages, S. 27.

¹⁰ H. Fuchs: Möglichkeiten und Grenzen der Inflationsbekämpfung, in: D. Casse l u a . (Hrsg.): Inflation und Schattenwirtschaft im Sozialismus, Hamburg 1989, S. 331-348, hier S. 337.

tionalen Ergebnissen. Überdies wird die Zurückdrängung bürokratischer Macht gerade dann fehlschlagen, wenn eine preisgesteuerte Marktkoordination nicht funktioniert; denn gerade hier findet die Bürokratie beliebte Eingriffsargumente. Wichtig und problematisch sind vor allem sozial sensible Märkte wie die für Wohnungen, Gesundheitsleistungen und Arbeit; hier wird man vor dem Hintergrund westlicher Erfahrungen über geeignete Institutionen nachdenken müssen. In den weniger sensiblen Bereichen kommt es darauf an, möglichst schnell zu handeln, um allzu grobe Fehlallokationen zu vermeiden.

□ Die Schaffung dezentraler Verfügungsrechte muß aber verbunden sein mit individueller Verantwortung über die ökonomischen Ressourcen. Es gibt sehr viele Versuche, dies ohne Einsatz von Privateigentum und Kapitalmärkten zu erreichen; wenn auch innerhalb eines privatwirtschaftlichen Umfeldes verschiedene öffentliche Unternehmen oder Unternehmen in staatlicher Hand recht erfolgreich waren und sind, so gibt es doch kein einziges Beispiel für ein auf Dauer funktionierendes Wirtschaftssystem, in dem gesellschaftliches Eigentum vorherrscht und keine Kapitalmärkte existieren. Dort fehlte es letztlich immer an gleichzeitig und individuell wirkenden positiven und negativen Sanktionen, die den optimalen Einsatz und den längerfristigen Bestand der Kapitalgüter sicherten¹¹. Daher muß eine zügige Privatisierung verbunden sein mit der Institutionalisierung eines funktionsfähigen Kapitalmarktes, an dem ja schließlich auch die Qualität des jeweiligen Unternehmensmanagements dezentral bewertet wird.

Weitaus schlimmer als die derzeit noch bestehende Property-rights-Struktur sind ihre historischen Folgen. Der technologische Rückstand läßt sich nämlich nicht durch eine Wirtschaftsreform von heute auf morgen überbrücken. Daher muß, auch wenn die politischen Restriktionen einer durchgreifenden Reform überwunden werden, auf absehbare Zeit noch ein erheblicher Rückstand in der Produktivität und damit der Entwicklung der laufenden Einkommen hingenommen werden. Damit werden aber auch die bestehenden Anreize zur Übersiedlung in die Bundesrepublik in dem Maße bestehen bleiben, in dem der technologische Rückstand weiter besteht.

Ansatzpunkte für Unterstützung

Hier muß die westliche Hilfe vorrangig ansetzen. Jeder Versuch, die laufenden Einkommen entgegen der Produktivität kurzfristig auf das Niveau der Bundesrepu-

blik zu heben, läuft dagegen auf monetäre oder steuerfinanzierte Transferzahlungen hinaus, mit allen allokativen Konsequenzen. Statt die laufenden Einkommen zu erhöhen, sollte der Bestand des individuellen und gesellschaftlichen Vermögens in seiner Substanz und in seiner Verteilung als Ansatzpunkt dienen.

Es ist sicher richtig, daß ein großer Teil des Produktivvermögens abgeschrieben werden muß. Würden aber die vorhandenen Vermögenswerte gerade in der Aufbauzeit in privater Hand effizient genutzt, so liegt hier dennoch ein erhebliches Potential. Großzügige Konditionen für die Beteiligung am Produktivvermögen und am staatlichen Grund und Boden für alle, die bleiben, können schon einen erheblichen Anreiz ausüben. Gerade hier könnte Hilfe der Bundesrepublik ansetzen, indem günstige Kredite und Hilfen für Existenzgründungen gewährt werden.

Weiterhin dürfte der Zustand der Infrastruktur eine zentrale Ursache für die geringe Produktivität sein. Auch hier können westliche Mittel sinnvoll eingesetzt werden, ohne allokativen Verzerrungen nach sich zu ziehen. Voraussetzung dafür, daß Mittel zur Verfügung stehen und deren Einsatz im Westen sozial akzeptiert wird, ist allerdings, daß diese nicht bereits anderweitig und ohne ökonomische Wirkung gebunden wurden.

Schließlich muß die rechtliche Position der DDR-Bürger in der Bundesrepublik ohne weltanschauliche Vorbehalte neu geregelt werden. So sollte ein Umzug in die Bundesrepublik für DDR-Brüger zukünftig auf eigenes Risiko erfolgen. Die Bundesregierung sollte mit der Umsetzung ihrer entsprechenden Beschlüsse sofort beginnen, statt deren Verwirklichung zeitlich an das Inkrafttreten einer Währungsunion zu koppeln.

Alle diese Vorschläge mögen, zumindest isoliert betrachtet, weder neu sein noch die Aussicht bieten, mit einem Schlag alle Probleme lösen zu können. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die Ökonomie, gerade in einer Situation wie der der DDR, keine Wundermittel bieten kann. Sie hat aber sicher immer auch die Aufgabe, die Grenzen des Machbaren aufzuzeigen. Es ist in diesem Zusammenhang allerdings schon ein Unterschied, an welcher der beiden obigen Philosophien man sich orientiert: der „politischen“ oder der „ökonomischen“. Indes hat die ökonomische Philosophie einen entscheidenden Nachteil: historische Großtaten sind mit ihr nicht verbunden; schlimmer noch: Welcher Regierung schließlich das Privileg in den Schoß fällt, die Wiedervereinigung vollenden zu dürfen, muß angesichts der Längerfristigkeit dieses Prozesses und seiner Abhängigkeit von ökonomischen Erfordernissen offen bleiben.

¹¹ H. Leibold: Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Vergleich, Stuttgart u.a. 1988, S. 167 ff.